

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1859

1.12.1859 (No. 291)

Die Uebereinkunft mit dem päpstlichen Stuhle.

Bereinbarung zwischen

Seiner Heiligkeit Papp Pius IX. und Seiner Königlichen Hoheit Friedrich, Großherzog von Baden.

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreifaltigkeit.

Seine Heiligkeit Papp Pius IX. und Seine Königliche Hoheit Friedrich, Großherzog von Baden, haben, um die Angelegenheiten der römisch-katholischen Kirche im Großherzogthum Baden zu ordnen, zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich Seine Heiligkeit der Papp Seine Eminenz den Herrn Karl August von Rissach, Kardinal-Priester der heiligen römischen Kirche vom Titel der h. Anastasia,

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden den edlen Herrn Christian Gustav Freiherrn von Berckheim, Allerhöchsthren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim heiligen Stuhle, und den Herrn Franz Karl Roghert, beider Rechte Doktor, Allerhöchsthren Oberhofgerichtsrath.

Diese Bevollmächtigten sind, nachdem sie ihre authentischen Bevollmächtigungsurkunden ausgewechselt und richtig befunden hatten, über nachstehende Artikel übereingekommen:

Erster Artikel.

In Betreff der Besetzung des Erzbischöflichen Stuhles von Freiburg, der Canonicate und Präbenden an der Domkirche bleibt es lediglich bei dem mit dem heiligen Stuhle vereinbarten Verfahren.

Zweiter Artikel.

Der Erzbischof wird, bevor er die Leitung seiner Kirche übernimmt, vor Seiner Königlichen Hoheit den Eid der Treue in folgenden Worten ablegen:

„Ich schwöre und gelobe auf Gottes heiliges Evangelium, wie es einem Bischöfe geziemt, Eurer Königlichen Hoheit und Allerhöchsthren Nachfolgern Gehorsam und Treue. In gleichen Schwöre und gelobe ich, an keinem Verbrechen oder Anschlag, welcher die öffentliche Ruhe gefährdet, Theil zu nehmen, und weder inner- noch außerhalb der Grenzen des Großherzogthums irgend eine verdächtige Verbindung zu unterhalten; sollte ich aber in Erfahrung bringen, daß dem Staate irgend eine Gefahr drohe, zur Abwendung derselben Nichts zu unterlassen.“

Dritter Artikel.

Die Großherzogliche Regierung wird, sobald es die Verhältnisse gestatten, für die reale Dotation des Erzbisthums Sorge tragen.

Vierter Artikel.

Zur Leitung seiner Erzbischof wird der Erzbischof die Freiheit haben, alles Dasjenige zu üben, was demselben in Kraft seines kirchlichen Hirtenamtes laut Erklärung oder Verfügung der heiligen Kirchengesetze nach der gegenwärtigen vom heiligen Stuhle zurgeheissenen Disziplin der Kirche gebührt, und insbesondere:

1. alle Pfanden, mit Ausnahme jener, welche einem rechtmäßig erworbenen Patronatrechte unterliegen, zu verleihen;
2. seinen Generalvikar und die außerordentlichen Mitglieder des Ordinariats zu wählen und zu ernennen, sowie die Landdekane zu bestätigen;
3. die Prüfungen für die Aufnahme in das Seminar und für die Zulassung zu Seelsorgerstellen anzuordnen, auszusprechen und zu leiten;
4. den Klerikern die heiligen Weihen nicht nur auf die bestehenden kanonischen, sondern auch auf den Tischtitel zu erteilen;
5. nach Vorschrift der Kirchengesetze alles Dasjenige anzuordnen und zu bestimmen, was den Gottesdienst, die kirchlichen Feierlichkeiten und die heiligen Handlungen, sowie jene Religionsübungen betrifft, durch welche der fromme Sinn der Gläubigen gepflegt und bestärkt werden soll;
6. in seinem Kirchsprengel vom heiligen Stuhle genehmigte religiöse Orden oder Congregationen beiderlei Geschlechtes einzuführen, jedoch in jedem einzelnen Falle im gegenseitigen Einvernehmen mit der Großherzoglichen Regierung;
7. Diöcesan-, sowie Provinzial-Synoden einzuberufen und abzuhalten.

Fünfter Artikel.

Ueber alle kirchlichen Rechtsfälle, welche den Glauben, die Sakramente, die geistlichen Verrichtungen und die mit dem

geistlichen Amte verbundenen Pflichten und Rechte betreffen, hat der Gerichtshof des Erzbischofs nach Vorschrift der Kirchengesetze und nach den Bestimmungen des Konzils von Trident zu erkennen. Somit wird derselbe auch über Ehe-sachen entscheiden, jedoch bleibt das Urtheil über die bürgerlichen Wirkungen der Ehe dem weltlichen Gerichte überlassen.

Der Erzbischof wird unbehindert den Wandel der Geistlichen überwachen und gegen diejenigen, welche in Folge ihres Betragens oder aus irgend einem andern Grunde der Abnennung würdig befunden werden, in seinem Gerichte nach Vorschrift der Kirchengesetze Strafe verhängen, wobei jedoch der kanonische Refusus gewahrt bleibt.

Es steht dem Erzbischof zu, gegen Laien, welche sich Uebertretungen kirchlicher Satzungen zu Schulden kommen lassen, die kirchlichen Censuren in Anwendung zu bringen.

Wenn gleich über das Patronatsrecht das kirchliche Gerichte zu entscheiden hat, so gibt doch der heilige Stuhl seine Einwilligung, daß, wenn es sich um ein Laienpatronat handelt, die weltlichen Gerichte über die damit in Verbindung stehenden zivilrechtlichen Ansprüche und Lasten sprechen können, so wie über die Nachfolge in diesem Patronate, der Streit mag zwischen den wahren und angeblichen Patronen, oder zwischen den Geistlichen, welche von diesen Patronen für die Pfände bezichnet wurden, geführt werden.

Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse gibt der heilige Stuhl seine Zustimmung, daß die rein weltlichen Rechtsachen der Geistlichen, wie die Sachen, welche Beträge, Schulden, Erbschaften betreffen, von dem weltlichen Gerichte verhandelt und entschieden werden.

Ebenso willigt der heilige Stuhl dazu ein, daß Streitigkeiten über zivilrechtliche Ansprüche und Lasten der Kirchen und Pfanden, über Zehnten und über Kirchenbaulast von dem weltlichen Gerichte abgeurtheilt werden.

In gleicher Rücksicht ist der heilige Stuhl nicht entgegen, daß die Kleriker wegen Verbrechen und Vergehen, welche gegen die Strafgesetze des Großherzogthums verstoßen, vor das weltliche Gerichte gestellt werden; jedoch liegt es diesem ob, hievon den Erzbischof ohne Verzug in Kenntniß zu setzen. Wenn das gegen einen Geistlichen gefällte Urtheil auf Tod oder auf Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren lautet, so wird man jedesmal dem Erzbischof die Gerichtsverhandlungen mittheilen und ihm möglich machen, den Schuldigen be-hufs der Entschuldig über die zu verhängende Kirchenstrafe zu hören. Dasselbe wird auf Verlangen des Erzbischofs auch dann geschehen, wenn auf eine geringere Strafe erkannt worden ist.

Sechster Artikel.

In kirchlichen Angelegenheiten wird der wechselseitige Verkehr des Erzbischofs, des Klerus und des Volkes mit dem heiligen Stuhle frei sein. Ebenso wird der Erzbischof mit seinem Klerus und dem Volke frei verkehren. Daher können die Beschlüsse und Verordnungen des Erzbischofs, die Aktenstücke der Diöcesansynode, des Provinzialkonzils und des heiligen Stuhles selbst, die von kirchlichen Angelegenheiten handeln, ohne vorgängige Einsicht und Genehmigung der Großherzoglichen Regierung veröffentlicht werden.

Siebenter Artikel.

Die religiöse Unterweisung und Erziehung der katholischen Jugend in allen öffentlichen und Privatschulen wird der Erzbischof, gemäß der ihm eigenen Hirtenpflicht, leiten und überwachen. Er wird deßhalb auch die Katechismen und Religionslehrbücher bestimmen, nach denen der Unterricht zu erteilen ist.

In den Elementarschulen wird der Religionsunterricht von den Ortsgeistlichen, in andern Lehranstalten nur von Soldaten erteilt, denen der Erzbischof Ermächtigung und Sendung dazu verlichen und nicht wieder entzogen hat.

Achter Artikel.

Es wird dem Erzbischof freistehen, ein Seminar nach der Vorschrift des Konzils von Trident zu errichten und in dasselbe Jünglinge und Knaben, wie es das Bedürfnis und der Nutzen der Diözese erfordert, zur Ausbildung aufzunehmen. Der Erzbischof wird hinsichtlich der Einrichtung, Leitung und Verwaltung dieses Seminars, sowie hinsichtlich des in demselben zu erteilenden Unterrichts seine Amtsgewalt mit vollem und freiem Rechte üben. Er wird daher auch die Vorsteher und Lehrer ernennen und so oft er es nothwendig oder zweckdienlich findet, wieder entlassen.

Neunter Artikel.

So lange aber ein Seminar nach erwähnter Vorschrift nicht errichtet ist, willigt der heilige Stuhl der besondern Umstände wegen ein, daß die Kandidaten der Theologie inzwischen an der Universität Freiburg studiren, und ein theologisches Kollegium oder Konvik, wie es schon früher bestand, wieder errichtet werde.

Die Leitung und Beaufsichtigung dieses Konviktes steht dem Erzbischof zu. Derselbe wird daher die Hausordnung vorschreiben, die Mitglieder der der ökonomischen Verwaltung des Kol-

legiums vorgelegten Kommission, sowie den Vorsteher, die Re-petenten und den Dekan ernennen, deren Amtsführung leiten, und kann, wenn er es für nothwendig erachtet, sie ihres Amtes entlassen. Ohne seine Einwilligung soll kein Alumne aufgenommen werden; bereits aufgenommene Alumnen kann er, wenn es nothwendig ist, jeder Zeit entlassen. In dieses Konvik kann der Erzbischof auch Solche aufnehmen, die er im Hinblick darauf, daß sie sich der geistlichen Laufbahn widmen, an der Universität in den philosophischen Wissenschaften weiter ausgebildet wissen möchte.

Der heilige Stuhl gibt seine Zustimmung, daß der Erzbischof auf die Unterhaltung dieses Konviktes jene Summe zu verwenden fortfahre, welche derselbe bisher hierauf aus für das Seminar bestimmten Mitteln zu verwenden pflegte, wofür nur aus den allgemeinen kirchlichen, sowie aus andern für den katholischen Religionstheil bestimmten Fonds die bisherigen Beträge fortan geleistet werden, und wenn sie nicht ausreichen, der nach Verständigung mit dem Erzbischof für nöthig erachtete Zuschuß gewährt wird.

Die Alumnen dieses Konviktes werden, nachdem sie ihre Studien auf der Universität vollendet haben, in das sogenannte Priesterseminar zu St. Peter bei Freiburg aufgenommen werden und daselbst verbleiben, bis sie die Priesterweihe erlangt haben. Der Erzbischof wird dieses Seminar mit vollem und freiem Rechte leiten, wie das dem vorigen Artikel gemäß nach Vorschrift des Konzils von Trident zu errichtende Seminar.

Zehnter Artikel.

Da die Großherzogliche Regierung bepuß einer guten Erziehung der katholischen Jugend einige Konvikte an solchen Orten zu errichten beabsichtigt, an welchen bereits für Katholiken bestimmte öffentliche Lyceen oder Gymnasien bestehen, so können inzwischen und so lange Knabenseminare nicht errichtet sind, in jenen Konvikten unter anderen Zöglingen auch diejenigen Knaben und Jünglinge aufgenommen werden, welche sich dem geistlichen Stand widmen wollen.

Die Statuten und Vorschriften für diese Konvikte sollen im Einvernehmen zwischen der Großherzoglichen Regierung und dem Erzbischof festgesetzt, und wenn Dies nöthig fällt, auf gleiche Weise geändert werden.

Die Vorsteher und Repetenten werden, und zwar ebenfalls nur im Einvernehmen mit dem Erzbischof, aus dem Stande der Geistlichen gewählt werden. Alle Uebrigen, welche bei diesen Konvikten einen Dienst bekleiden, müssen Katholiken sein.

Unter die Zöglinge können nur katholische Knaben und Jünglinge aufgenommen werden. Sie haben eine Prüfung zu bestehen, der ein Abgeordneter des Erzbischofs beiwohnen wird. Es wird ferner Niemand ohne des Erzbischofs Einwilligung in das Konvik aufgenommen werden, und ebenso kann Niemand in demselben bleiben, dessen Entfernung der Erzbischof für nöthig erachtet.

Alle Lehrerstellen an den betreffenden Gymnasien und Lyceen werden mit Katholiken besetzt werden.

Sollte der Erzbischof dafür halten, daß hinsichtlich der Lehrer und der an den Konvikten angestellten Personen oder hinsichtlich des Lehrplanes oder der Disziplin Grund zu Ausstellungen vorliege, so wird die Großherzogliche Regierung thunlichst dafür Sorge tragen, daß den Ausstellungen und Wünschen des Erzbischofs Genüge geschehe.

Ferner wird dem Erzbischof freistehen, alles Dasjenige zu ordnen und zu bestimmen, was auf die religiöse Erziehung und Unterweisung der Alumnen im Konvikte Bezug hat, und darüber zu wachen, daß in keinem Unterrichtszweige Etwas vorkomme, was dem katholischen Glauben und der sittlichen Reinheit zuwiderläuft. Ferner wird es ihm zustehen, diese Konvikte zu visitiren, zu deren Prüfungen Bevollmächtigte zu schicken, und von den Vorgesetzten periodische Berichte einzufordern.

Elfter Artikel.

Die katholische theologische Fakultät an der Universität Freiburg steht, in Bezug auf das kirchliche Lehramt, unter Leitung und Aufsicht des Erzbischofs. Demnach kann derselbe den Professoren und anderen Lehrern die Ermächtigung und Sendung zu theologischen Lehrvorträgen erteilen und nach seinem Ermessen wieder entziehen, ihnen das Glaubensbekenntniß abnehmen, auch ihre Hefte und Lehrbücher seiner Prüfung unterwerfen.

Zwölfter Artikel.

Das Vermögen, welches die Kirche als ihr Eigenthum besitzt oder in Zukunft erwerben wird, soll stets unverlegt erhalten werden; es unterliegt dasselbe in dessen den öffentlichen Lasten und Abgaben, sowie den allgemeinen Gesetzen des Großherzogthums gleich jedem andern Eigenthum.

Das Kirchenvermögen wird im Namen der Kirche unter Aufsicht des Erzbischofs von denjenigen verwaltet, welche nach Vorschrift der Kirchengesetze, oder nach dem Herkommen, oder in Folge eines Privilegiums, oder endlich durch eine besondere Bestimmung des Stifiers zu solcher Verwaltung berufen sind. Alle Verwalter aber sind gehalten, jährlich

dem Erzbischof oder dessen Bevollmächtigten Rechenschaft über ihre Verwaltung abzulegen, mögen sie auch auf Grund der oben angeführten Titel Anderen gegenüber die gleiche Verpflichtung haben.

Unter den obwaltenden besonderen Umständen und in der Voraussetzung, daß die Staatskasse, wenn es notwendig ist, zu den allgemeinen und dringlichen Kirchenbedürfnissen Beiträge leisten, soll bei Fortdauer der dormaligen Verhältnisse behufs der Erhaltung des Kirchenvermögens, so wie hinsichtlich der Verwaltung desselben alles Dasjenige beobachtet werden, was in den folgenden Artikeln festgesetzt ist.

Dreizehnter Artikel.

Die Güter kirchlicher Stiftungen können ohne Zustimmung der Kirchengewalt weder verkauft oder veräußert, noch in Emphyteuse gegeben, oder mit Pfand- und anderen Lasten besetzt, noch im Vergleichswege veräußert, noch endlich über neun Jahre verpachtet werden; auch können ohne die gleiche Zustimmung die Erträgnisse aus solchen Gütern niemals eine den Stiftungszwecken fremde Bestimmung erhalten.

Der heilige Stuhl williget dazu ein, daß, wenn Kirchengüter veräußert oder mit neuen Lasten belegt, oder wenn ihre Erträgnisse in einer den Stiftungszwecken nicht entsprechenden Weise verwendet werden sollen, hiezu stets die Zustimmung der Großherzoglichen Regierung eingeholt werden müsse.

Vierzehnter Artikel.

Das Vermögen des Erzbischoflichen Tisches, das des Domkapitels, das der Metropolitankirche, sowie das des Seminars wird vom Erzbischofe beziehungsweise dem Domkapitel frei nach Maßgabe der kanonischen Satzungen verwaltet werden; in gleicher Weise wird auch alles Dasjenige verwaltet werden, was an solchem Vermögen erpart und in Folge der Erledigung des Erzbischoflichen Stuhles, sowie anderer Pfründen der Metropolitankirche erübrigt wird, oder was dem betreffenden Vermögen durch neue Stiftungen von Privatpersonen bereits zugefallen ist und künftighin zufallen wird.

Die Grundstücke und ständigen Fonds, welche von der Großherzoglichen Regierung zur Ausstattung der Metropolitankirche bereits hingegeben wurden oder in Zukunft werden hingegeben werden, können ohne Zustimmung der Großherzoglichen Regierung weder veräußert, noch irgendwie belastet werden. Nichts steht entgegen, daß die Großherzogliche Regierung von Zeit zu Zeit davon Kenntnis nehmen könne, ob die fraglichen Vermögensteile in ihrem Bestand erhalten seien.

Fünfzehnter Artikel.

Das Vermögen der sogenannten Landkapitel wird von diesen selbst unter alleiniger Aufsicht des Erzbischofes verwaltet.

Sechszehnter Artikel.

Sämtliches Vermögen der Kirchenfabriken und anderer kirchlichen Ortsstiftungen kann auch fernerhin durch die hiezu geordneten Kommissionen in den einzelnen katholischen Gemeinden auf die im Lande eingeführte bisherige Weise verwaltet werden, wofür nur die Verwaltung im Namen der Kirche geschieht und die Pfarrer, sowie die übrigen Geistlichen das Amt, welches sie in jenen Kommissionen zu führen haben, kraft der dem Erzbischofe zustehenden Amtsgewalt und in seinem Auftrage üben.

Außerdem müssen Diejenigen, welche von den Katholiken eines jeden einzelnen Ortes in die gedachte Kommission gewählt werden, und auch der von dieser Kommission selbst zu erwählende Rechner sowohl von der Großherzoglichen Regierung, als vom Erzbischofe, beziehungsweise von den Bevollmächtigten Weider bestätigt sein. Die von ihnen geführte Verwaltung wird von den vom Erzbischofe hiezu aufgestellten Defanen, sowie von den Staats-Verwaltungsbehörden gemeinschaftlich beaufsichtigt werden.

Siebzehnter Artikel.

Das Vermögen der kirchlichen Distriktsstiftungen wird von Kommissionen verwaltet. Dieselben müssen aus Katholiken bestehen, die zur Hälfte von der Großherzoglichen Regierung, zur Hälfte vom Erzbischofe gewählt werden, und die sämtlich beiden Theilen genehm sein müssen. Der Vorsteher, den eine jede dieser Kommissionen haben wird, soll von der betreffenden Kommission selbst gewählt werden; der der letzteren unterstehende Rechner muß sowohl von der Großherzoglichen Regierung, als von dem Erzbischofe bestätigt sein.

Achtzehnter Artikel.

Außerdem wird eine gemischte Kommission gebildet werden, welche im Namen der Kirche die Verwaltung der Interfalarfonds, sowie der übrigen allgemeinen Fonds zu überwachen, und welche zugleich die Oberaufsicht über die Verwaltung sämtlicher kirchlichen Fonds des Großherzogthums zu führen hat. Diese Kommission wird sowohl im Namen des Erzbischofes, als der Großherzoglichen Regierung von allen einzelnen Verwaltern sich Rechnung stellen lassen und über eine jede einzelne Verwaltung den geeigneten Bescheid erteilen. Welche Fonds als allgemeine kirchliche Fonds zu betrachten seien, wird im gegenseitigen Einverständnis der Großherzoglichen Regierung und des Erzbischofes festgesetzt werden.

Neunzehnter Artikel.

Jede gemischte Kommission wird aus Katholiken bestehen, die zur Hälfte von der Großherzoglichen Regierung, zur Hälfte von dem Erzbischofe gewählt werden und sämtlich beiden Theilen genehm sein müssen. Die Kommission soll einen Vorsteher katholischer Religion haben, und es wird einerseits der Großherzoglichen Regierung, andererseits dem

Erzbischofe die Befugniß zustehen, solche Männer in Vorschlag zu bringen, welche von dem einen oder anderen Theil zur Führung des fraglichen Amtes für geeignet erachtet werden. Derjenige wird dieses Amt führen, der sowohl von der Großherzoglichen Regierung, als vom Erzbischofe im gegenseitigen Einvernehmen gewählt und ernannt werden wird. Von Seiten des Staates wird derselbe Mann zum Vorsteher desjenigen andern Kollegiums bestellt werden, welchem die Leitung der katholischen Schulen des Großherzogthums übertragen ist, und welchem zugleich die Aufsicht über die Verwaltung des im Großherzogthume vorhandenen, dem katholischen Religionstheile zukommenden Vermögens obliegt.

Die Art und Weise, in welcher die gemischte Kommission ihr Amt zu führen hat, wird von der Großherzoglichen Regierung und dem Erzbischofe im gegenseitigen Einvernehmen festgesetzt werden.

Ebenso werden die Verwalter der Interfalarfonds und der anderen allgemeinen kirchlichen Fonds, von welchen im Artikel XVIII. die Rede ist, aus Katholiken im gegenseitigen Einverständnis der Großherzoglichen Regierung und des Erzbischofes gewählt werden.

Zwanzigster Artikel.

Dem Erzbischofe wird es freistehen, von dem Stande, der Verwaltung, der Natur und den Lasten einer jeden kirchlichen Stiftung Kenntnis zu nehmen, auch die Urkunden, welche sich auf eine solche Stiftung beziehen, einzusehen, damit nach sorgfältiger Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse im gegenseitigen Einverständnis der Großherzoglichen Regierung und des Erzbischofes eine genaue Norm festgesetzt werden könne, nach welcher die Verwaltung einer jeden kirchlichen Stiftung zu führen ist und die Einkünfte derselben jährlich zu verwenden sind. Diese Norm muß die gemischte Kommission bei Führung ihres Amtes überhaupt, und insbesondere bei Prüfung der Rechnungen stets vor Augen haben und befolgen. Bei Feststellung der in den einzelnen Kirchen für den Kultus zu verwendenden Summen soll auf die Forderungen und Wünsche des Erzbischofes besondere Rücksicht genommen werden, und es soll dann demselben allein zustehen, zu bestimmen, wie die festgesetzten Summen zu verwenden seien, damit der Kultus der Ordnung gemäß eingerichtet und befördert werde. Will der Erzbischof Rentenüberschüsse für außerordentliche Kultusbedürfnisse verwenden wissen, so wird er sich mit der Großherzoglichen Regierung in's Benehmen setzen.

Einundzwanzigster Artikel.

Die Pfründen werden unter Aufsicht der gedachten gemischten Kommission von ihren Inhabern nach Vorschrift der Kirchengesetze verwaltet werden. Sind Pfründen erledigt, so wird deren Vermögen von den Kämmerern der Landkapitel, oder sofern der Erzbischof mit der Großherzoglichen Regierung sich über andere Personen einigen sollte, von diesen verwaltet, und es werden die Einkünfte einer jeden unbesetzten Pfründe, welche nach Erfüllung der der letzteren obliegenden Verbindlichkeiten übrig bleiben, dem Interfalarfond einverleibt werden, wenn sie nicht wegen der an einzelnen Orten bestehenden besonderen Verhältnisse zur Vermehrung des Pfründervermögens selbst, oder zu nützlichen und notwendigen Verwendungen für die Kirche des betreffenden Ortes zu bestimmen sind.

Zweiundzwanzigster Artikel.

Der Erzbischof wird mit allen Großherzoglichen Behörden unmittelbar verkehren.

Dreiundzwanzigster Artikel.

Verordnungen und Verfügungen, welche mit der gegenwärtigen Vereinbarung im Widerspruch stehen, treten außer Kraft; gesetzliche Bestimmungen, welche der Vereinbarung entgegenstehen, werden geändert werden.

Vierundzwanzigster Artikel.

Sollte sich in Zukunft über den Inhalt gegenwärtiger Vereinbarung irgend eine Schwierigkeit ergeben, so werden Seine Heiligkeit und Seine Königliche Hoheit sich zu freundschaftlicher Beilegung der Sache in's Einvernehmen setzen.

Die Auswechslung der Ratifikationen gegenwärtiger Vereinbarung wird zu Rom binnen zwei Monaten, oder, wenn es möglich ist, auch früher stattfinden.

Zu dessen Beglaubigung haben die vorgenannten Bevollmächtigten diese Uebereinkunft unterzeichnet und Jeder sein Siegel beigebracht.

Gegeben zu Rom am achtundzwanzigsten Junii im Jahre des Heils eintausend achthundert neunundfünfzig.

Karl August Cardinal v. Reissach.

(L. S.)

Christian Gustav Freiherr v. Berthelm.

(L. S.)

Franz Karl Koppert.

(L. S.)

(Schluß folgt.)

Telegramme.

Paris, Mittwoch 30. Nov. Es wird versichert, die französische Flotte bombardire die (maroccanische) Stadt Tanger, weil ein Kanonenschuß der Maroccaner auf ein französisches Schiff gefallen sei.

Paris, 30. Nov. (St.-A. f. W.) Der „Moniteur“ bestätigt, daß am 29. Nov. an die verschiedenen Mächte, welche an einem Kongreß Theil zu nehmen haben, Einladungen geschrieben abgegangen seien, welche die Vereinigung dieses Kongresses bezwecken sollen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 30. Nov. Zweite öffentliche Sitzung der Ersten Kammer, unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm.

Von der Regierungskommission sind anwesend die H. H.: Frhr. v. Meyenburg, Staatsminister des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten; Regener, Staatsminister der Finanzen; Generalleutnant Ludwig, Präsident des Kriegsministeriums, und Geh. Rath Frhr. v. Stengel, Präsident der Ministerien der Justiz und des Innern.

Das hohe Präsidium legt zunächst die Mittheilungen der Zweiten Kammer über die Wahl ihrer Vizepräsidenten und Sekretäre, sowie über den Gesetzentwurf, die Forterhebung der Steuern in den Monaten Dezember, Januar, Februar, März betr., der Kammer vor.

Das Sekretariat zeigt sodann das Ergebnis der in der letzten Vorberatung stattgehabten Wahl der Kommission zur Entwerfung der Dankadresse an Sr. Königl. Hoheit den Großherzog, der Petitionskommission und der Budgetkommission an, und legt den Vertrag über den Druck der Kammerprotokolle, welcher mit der Müller'schen Buchhandlung abgeschlossen worden, der Kammer vor, welche letztere demselben sofort ihre Genehmigung erteilt.

Geh. Rath Frhr. v. Stengel theilt hierauf drei nachträglich eingelaufene Entschuldigungsschreiben

Sr. Durchlaucht des Hrn. Fürsten Ernst von Leiningen,

Sr. Durchlaucht des Hrn. Fürsten Adolph von Löwenstein-Wertheim-Feudenberg, und

Sr. Erlaucht des Hrn. Grafen von Leiningen-Neudenau

der Versammlung mit, sowie ferner das höchste Reskript wegen Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Zuständigkeit und das Verfahren in Rechtspolizeisachen.

Durch den Staatsminister Frhr. v. Meyenburg kommt sodann zur Vorlage:

Ein höchstes Reskript, wornach an die Stelle des Hrn. Ministerialdirektors Jungmanns — Hr. Ministerialrath Keller zum ständigen Regierungskommissar bei beiden Kammern ernannt wird;

ein weiteres höchstes Reskript, dem zufolge die Aktenstücke, in welchen die Vereinbarung mit dem päpstlichen Stuhle enthalten ist, jedoch die gewechselten Noten nur in vertraulicher Weise, der hohen Kammer zur Kenntnisaufnahme übergeben werden.

Der Tagesordnung gemäß erstattet alsdann Frhr. v. Göler Namens der Budgetkommission, nach einer kürzern Berathung der letztern, über den Eingang erwähnten Gesetzentwurf, die Forterhebung der Steuern betreffend, Bericht. Derselbe beantragt, in abgeänderter Form über diesen Gesetzentwurf zu berathen und ihm die Genehmigung der Kammer zu erteilen, welchem Antrag die Versammlung in beiden Richtungen beiträgt.

Gleichen Bericht erstattet Frhr. v. Göler über die Rechnung des Archivars vom letzten Landtag, und auch hier wird sein Antrag auf abgeänderte Berathung und auf Ertheilung des Absolutiums an den Archivar unter Anerkennung seiner Pünktlichkeit einstimmig genehmigt.

Hierauf wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Deutschland.

Durlach, 29. Nov. In Folge vertraulicher gegenseitiger Mittheilung, ausgegangen von sieben protestantischen Männern aus Heidelberg, versammelten sich gestern, theils mit den auf- und abwärtsgehenden Bahnzügen, theils zu Fuß kommend, eine Anzahl von 4 bis 500 Laien und Geistlichen der evangelischen Kirche in unserer Stadt. Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Lahr, Pforzheim und andere kleinere Städte und Orte waren vertreten, und auch verschiedene Mitglieder des Landtags waren zur Versammlung gekommen. Die Zahl der Geistlichen war, wohl zum Theil wegen des unmittelbar vorhergehenden Sonntags, geringer, als sie ohne dies geworden wäre; doch mochten ihrer immer 36—40 gegenwärtig sein.

Um 11 Uhr vereinigten sich sämtliche Anwesende in unserm geräumigen Rathhaussaal. Mit wenigen, aber recht tief gefühlten und treffenden Worten von einem hiesigen Kirchengemeinderath begrüßt, begannen sofort, nach einigen einleitenden Worten des Kirchenraths Prof. Dr. Schenkel von Heidelberg, unter dem Vorsitz des Dr. Pagenstecher sen. von Heidelberg die eigentlichen Verhandlungen. Professor Dr. Häusser entwickelte zuerst in einem eben so geistreichen, als tief durchdachten und sachlich eingehenden Vortrag seine Ansicht über das nothwendige Verhältnis der evangelischen Kirche Angesichts der Konvention mit Rom, und bewies mit schlagenden Gründen, daß dieselbe nicht nur berechtigt, sondern auch um ihrer selbst und der staatlichen Gemeinschaft willen verpflichtet sei, sich darüber ihre Ansicht fest und klar zu stellen und demgemäß zu handeln. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte jedes Ohr dem begeisterten, hinreißenden Redner bis zu Ende.

Ihm folgte Stadtpfarrer Zittel von Heidelberg, in einem klar gehaltenen Vortrag näher auf die praktische Ausführung der Sache eingehend, und stellte Dem entsprechende Anträge. Hierauf vorbereitete sich auch Dr. Schenkel in gewohnter, lebendig ergreifender und lebhaft ergreifender Rede nochmals über das in Aussicht gestellte Verhältnis der evangelischen Landeskirche gegenüber der katholischen in ihrer jetzigen Stellung, und hob namentlich den schon von dem ersten Redner berührten Satz besonders hervor, daß ein solcher völlerrechtlicher Vertrag, den ein kleinerer, paritätischer, von einer großen katholischen Macht gegen Westen begrenzter Staat, mit einer andern auswärtigen Macht abgeschlossen, von ganz anderer Bedeutung und andern selbst völlerrechtlichen Konsequenzen sei, als etwa ein österreicherischer Konfordat.

Ebenfalls von staatsrechtlicher und politischer Seite fand

die Sache eine kurze Beleuchtung durch Geh. Rath Welcker von Heidelberg.

Schließlich wurde ohne irgendeinen Widerspruch unter allgemeiner Zustimmung der Anwesenden beschloffen:

1) Die provisorische, jetzt definitiv als solche gewählte Kommission möge unter Beiziehung weiterer Kräfte auch aus andern Landestheilen eine Denkschrift in dem Sinn der Versammelten und der vernommenen Vorträge ausarbeiten, welcher namentlich auch die Rede des Hrn. Prof. Dr. Häusser beizugeben sei. Diefelbe solle der großh. Regierung und den Kammern der Landstände mitgeteilt, und für deren weitere Verbreitung möglichst geforgt werden.

2) Es sollen, wo möglich halbjährlich, auch ferner ähnliche Versammlungen, etwa in Durlach, stattfinden.

3) Es sei das Komitee beauftragt, die Herausgabe einer populären und möglichst wohlfeilen, kirchlich-religiösen Zeitschrift, Wochenblattes, sofort zu veranlassen.

Nach dem Schluss der Rathhaus-Versammlung begaben sich fremde und einheimische Festteilnehmer zu einem äußerst zahlreichen einfachen Mittagmahl in die „Karlsburg“, und was hier nicht Raum fand, in andere Gasthäuser. Auch hier wurde des Tages, dessen man sich augenscheinlich freute, als dem Anfang einer thatkräftigern Gestaltung des evangelisch-kirchlichen Bewusstseins im Volk und einer lebendigeren Beteiligung der Laien, d. h. der Gemeinde, in freudigen Reden gedacht, und diejenigen nicht vergessen, die wir als die Veranstalter desselben in unserer Mitte begrüßt haben. Wir haben unter den Tischreden besonders diejenigen von Dr. Pagenstecher, Dr. Schenkel, Dr. Schmidt von Freiburg, Fabr. Noll von Mannheim, Kaufmann Meiborn von Durlach, und besonders von dem Schleswig-Holsteiner Befehlshaber hervor, welche, obwohl in einfach schlichter Weise, ohne Schmuck des Wortes und der Darstellung vorgetragen, dennoch einen tiefen Eindruck machten.

Mit den 6-Uhr-Zügen trennte man sich in der Hoffnung baldigen Wiedersehens, und auch Ihr Berichtsfatter gesteht gern ein, daß er an den Tag mit derselben gehobenen Stimmung zurückdenkt, wie gewiß alle Anwesenden.

× Heidelberg, 29. Nov. Die milde Witterung begünstigt die Arbeiten an der D e n w a l d - B a h n längs hiesiger Stadt außerordentlich, und ist bereits ein Theil der Maurerarbeiten so weit gediehen, daß das Füllmaterial zu Anschüttungen aus dem nahe gelegenen Einschnitt und Tunnel in leichter Weise bald gewonnen werden kann. Uebrigens ergibt sich aus den Ausgrabungen am Waisenhause, daß unterhalb des Schlosses ein verwitterter Granit vorhanden ist, der, wenn man auch weiter in den Tunnel eingedrungen ist, schwerlich so fest wird, daß er eine besondere Einwölbung entbehren kann. Längs der Leopoldstraße wird die Felsenmasse gering sein, und die Verhältnisse des Bodens werden daselbst eine leichte Arbeit zulassen. Erfreulich ist es immerhin, daß alle Einwendungen gegen das Projekt des Hrn. Oberbauraths Reiter jetzt verstummt sind, und höchstens die Ansicht einiger Techniker diskutiert wird, ob nicht die anfängliche Steigung aus dem jetzigen Bahnhof bis zur Reichard'schen Buchdruckerei mit 1 Proz. etwas zu stark sei. — Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß das schöne Haus der kürzlich verstorbenen Frau Wittschell von Hrn. Gastwirth Schrieder käuflich erworben wurde, um am östlichen Stadtheile ein großes Hotel zu gründen. Die Bestätigung dieser Nachricht wäre im Interesse der Stadt sehr zu wünschen.

Mannheim, 29. Nov. (Mannh. J.) Das zwischen Amsterdamm und Mannheim den Dienst verkehrende Güterboot „Europa“, der nordholländischen Güter-Dampfschiffahrt gehörend, erhielt bekanntlich am 24. Nov. durch Aufschwimmen auf einen Stein bei Weßlingen, unterhalb Bonn, einen bedeutenden Leck und bekam Wasser. Ueber den Unfall geht uns heute folgende nähere Mittheilung zu: Als bald nach dem Aufschwimmen strömte an verschiedenen Stellen Wasser ein, so daß trotz aller Kräfteanstrengung der Mannschaft durch Pumpen u. d. das Schiff nicht mehr im tiefen Wasser flott zu halten war und auf den Sand hat auflaufen müssen. Immerhin fanden, als das Schiff an dieser sichern Stelle festsaß, 3 Fuß Wasser in demselben. Die beschädigten Güter bestanden zum größten Theil in Kaffee, Farbhölzern, und etwas Baumwolle, etwa dem vierten Theile der Ladung; das Andere wurde gerettet. Unter den beteiligten Versicherungsgesellschaften nennt man bis jetzt die „Agrippina“, die württembergische Transportversicherungsgesellschaft, und die badische Schiffsahrts-Affekuranz.

Kassel, 27. Nov. (Sch. M.) So eben verbreitet sich die Kunde, daß Hr. Abbe unerwartet von Würzburg hier eingetroffen ist und Nachrichten mitgebracht habe, die keinen [für die Regierung] günstigen Eindruck hervorgebracht hätten.

Hannover, 26. Nov. (Sch. M.) Großes Aufsehen erregt die gestern plötzlich erfolgte Ernennung des Stadtschreibers Albers zum rechtskundigen Senator unserer Stadt. Es muß bemerkt werden, daß Dr. André von Dsnabrück, ein allseitig empfohlener Mann, mit der Mehrheit der Stimmen von den städtischen Kollegien gewählt und demzufolge der kön. Regierung zur Bestätigung präsentiert war. Da André die Eisenacher Erklärung unterschrieben hat, so war man bei dem unbedingten Bestätigungsrecht der Regierung darauf gefaßt, daß trotz der Wahl die Bestätigung verweigert werden würde; dies hat man aber vermieden und ohne Weiteres nach dem der Präsentation beigelegten Wahlprotokolle den Minoritätskandidaten Albers der Stadt oktroyirt.

Berlin, 29. Nov. (Prf. Bl.) Aeußern Vernehmen zufolge soll der Kriegsminister v. Bonin in seine Demission eingereicht haben und wäre dieselbe angenommen worden. Gerüchten zufolge bezeichnet man General Herrmann als dessen Nachfolger.

○ Berlin, 29. Nov. In dem Befinden Sr. Maj. des Königs ist eine wesentliche Besserung noch nicht eingetreten. An dem leidenden Fuß des hohen Kranken sollen sich wiederholt krampfartige Erscheinungen gezeigt haben. Die Gerüchte von der nahe bevorstehenden Abreise unserer Königl. Majestät nach England sind seit zwei Tagen verstummt. Dagegen bleibt die spätere Ausführung des Reiseplans noch immer in Aussicht genommen. — Gestern Nachmittag hatte der frühere Ministerpräsident v. Mantuffel, welcher seit einigen Tagen hier verweilt, auf Schloß Sanssouci eine längere Audienz bei Ihrer Maj. der Königin. Dem Vernehmen nach kehrt derselbe noch heute auf seine Güter nach Lausitz zurück. — Verschiedene Blätter haben neuerdings gemeldet, die Pläne in Betreff einer neuen Armeeorganisation seien bereits als aufgegeben zu betrachten. Diese Nachricht erweist sich als eine müßige Erfindung. Gutem Vernehmen nach ist es allerdings wahrscheinlich, daß die ursprünglichen Reformentwürfe aus Rücksichten auf den Kostenpunkt noch mehrere nicht unwesentliche Abänderungen erfahren werden. Namentlich soll von einer unverweilt durchgeführten Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Subalternoffiziere bereits Abhand genommen sein. Jedenfalls kommen aber die für notwendig erkannten Verbesserungen in der Heeresformation zur Durchführung. Insbesondere wird an einer Vermehrung der Infanterie- und Kavallerieregimenter festgehalten. Die im Sommer provisorisch errichteten Landwehr-Stammabteilungen sollen in Linienbataillone umgewandelt werden. Mit der Durchführung dieser Maßregel dürfte aber eine Verminderung des Mannschafstbestandes aller aktiven Bataillone verbunden sein. Bei den jetzigen Landwehrbataillonen soll dieselbe durch alsbaldige Entlassung auch der zweiten Hälfte der zum Oktober in die Cadres eingetretenen Reservisten bewirkt werden. — Mit großer Ueberraschung ist im Publikum die seit heute Mittag verbreitete Nachricht von dem Rücktritt des Kriegsministers v. Bonin vernommen worden. Wie verlautet, hat Hr. v. Bonin wegen Meinungsverschiedenheiten über die neue Heeresorganisation um seine Entlassung gebeten. Derselbe ist zum kommandirenden General des 8. Armeekorps ernannt. Die interimistische Verwaltung des Kriegsministeriums hat der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen übernommen. Als fünftägigen Kriegsminister bezeichnet ein umlaufendes Gerücht bereits den aus Düsseldorf hieher berufenen Generalleutnant v. Noon.

Wien, 26. Nov. (Sch. M.) In Bezug der Haltung, welche Preußen auf dem bevorstehenden Kongress einnehmen wird, kann bis jetzt nur so viel mit Bestimmtheit gesagt werden, daß es die Vergrößerung Sardinien's durch einen Länderzuwachs in Mittelitalien nicht begünstigen wird. Man würde jedoch jedenfalls zu weit gehen, wollte man daraus den Schluß ziehen, daß Preußen zu Gunsten der Restauration aufzutreten wird, denn es ist im Gegentheil gewiß, daß es Willens ist, den Ereignissen Rechnung zu tragen. — Die Verhandlungen wegen Unterbringung des Restes des österreichischen, zu Anfang des Jahres 1849 zum Theil in England bezogenen Anlehens nicht denken kann, bedarf seiner weiteren Auseinandersetzung; die Schwierigkeiten, welche sie zu bewältigen hat, um den Rest der englischen Anleihe unterzubringen, beweisen deutlich, daß das ausländische Kapital keine Lust hat, sich an österreichischen Finanzoperationen zu beteiligen. Hoffen wir, daß in dieser Beziehung bald ein günstiger Umschwung eintreten möge.

Italien. * Turin, 26. Nov. Man schreibt der „Presse“: Der Triumph Janiti's über Garibaldi wird nur mit der größten Ungebuld, besonders in Mailand, ertragen. Ich weiß, daß sich eine sehr starke Opposition organisiert, welche den Einfluß Janiti's zu zerstören und Garibaldi's Rückkehr zu erlangen sucht. Es ist nicht wahrscheinlich, daß es gelingt; aber die Garibaldi'sche Sache wird bei den nächsten Wahlen eine Rolle spielen. Mailand, das an der Spitze der Avantgarde steht, wird ohne Zweifel Garibaldi, Mazzini und andere derselben Partei wählen; es wird sicherlich eine sehr bedeutsame Manifestation machen. — Die Truppen der Liga haben ihre Winterquartiere eingenommen oder werden es unverzüglich: Rosselli in Ravenna, Mezzacapo in Bologna und Modena, Pinelli in Parma, Ribotti hütet Rimini und die Catolica. — Die Polizei hat eine, wie man sagt, sehr weit verzweigte, aber noch geheimnißvolle Sache entdeckt, nämlich eine sardo-französische Assoziation für Schmuggel, Veröffentlichung von Dokumenten, Anfertigung von Pässen u. s. w. Man spricht von sehr merkwürdigen Enthüllungen. — In Turin und in Mailand sollen zwei neue Blätter gegründet werden, welche der entschiedenen Fortschrittspartei angehören sollen.

Genua, 20. Nov. Ich komme so eben von Neapel, wo ich in politischer Beziehung noch Alles so gefunden habe, wie vor einigen Jahren. Wenn französische Blätter von gewaltiger Aufregung der Gemüther reden, von wiederholt versuchten Aufständen in Sizilien, und von drohenden Behauptungen unter dem Volk in Folge der hohen Brodpreise, so beruht das Alles auf frommen Wünschen, welche nur die Phantasie zur Erfüllung gebracht hat, keineswegs aber die Wirklichkeit. Was ich in Neapel von Politik erfuhr, bezog sich einzig und allein auf die neue Formirung der aufgelösten Schweizerregimenter. Weinade jede Woche reisen Sergeanten und Feldwebel der alten Regimenter als Werber nach ihrer Heimat, um trotz des Berner Bundesraths-Beschlusses das Geschäft wieder zu beginnen. Es scheint denn auch wieder recht flott im Gang zu sein. An die 150 Mann sind schon wieder eingetroffen, und eine viel größere Anzahl wird täglich erwartet. Die Werbereureau sind besetzt auf österreichischem Gebiet im Veltlin und bei Preden. In der Auswahl und Annahme der neuen Rekruten soll man besonders vorsichtig verfahren. Nur die deutsche Schweiz hat das traurige Privilegium, für die neuen „Fremdenregimenter“, denn so sollen sie in Zukunft heißen, das erforderliche Material stellen zu dürfen.

Frankreich. * Paris, 29. Nov. Dem „Pays“ zufolge sind die Schreiben, worin die französische Regierung die Mächte, welche die Wiener Schlußakte von 1815 unterzeichnet haben, zum Kongress einladet, heute vom Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abgegangen. Man versichert, der Kongress werde in den ersten Tagen des Monats Januar zusammentreten. Wie dasselbe Blatt meldet, kam gestern Graf Ballesky aus Compiegne nach Paris und hatte eine Unterredung mit dem Fürsten Metternich und Lord Cowley. Abends reiste der Graf wieder nach Compiegne zurück. — Die Herzogin von Leuchtenberg war gestern in Fontainebleau; heute wohnt sie einer Vorstellung im Theatre français bei, wo auf ihr Verlangen ein Stück von Moliere und eines von Beaumarchais gegeben werden. Die Großfürstin wird nächsten Donnerstag nach Nizza abreisen. — Die kaiserliche Familie wird wahrscheinlich am Sonntag oder Montag in Paris ankommen. — Das „Memor. des Deux Sevres“ hat eine Berwarnung erhalten. Es heißt, es soll ein Gesetzentwurf ausgearbeitet und dem Corps legislatif unterbreitet werden, worin vorgeschlagen wird, die Ehrenkränkung französischer Bürger auf dem Wege der ausländischen Presse durch französische Gerichte bestrafen zu lassen. — Die Zahl der eigens für China gebauten Kanonenboote, welche bloß auf 24 festgesetzt war, soll nun auf 30 vermehrt werden. — Die gepanzerte Fregatte „La Gloire“, welche am vorigen Donnerstag vom Stapel gelassen wurde, soll den Eisenbeschlag erst im Hafenboden selbst erhalten. — Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß ein Kanonenboot direkt von Orthe nach Bordeaux gefahren war; jetzt ist nun eine Kommission ernannt worden, welche über die Erweiterung und Vertiefung der Kanäle auf dieser Strecke berathen soll. — Die neuesten Nachrichten aus Suez melden, daß der Fregattenkapitän Russell, sowie die Mitglieder seiner Mission sich an der Küste des Rothen Meeres ausgeschießt und auf den Weg nach Gondar aufgemacht haben, wo sie in den ersten Tagen des nächsten Monats Dezember ankommen dürften. — 3proz. 70.50. Dft 640.25. Desterr. 953.75.

Spanien. * Madrid, 28. Nov. General D'Onnell durchritt gestern das Lager von Ceuta. Die Einschiffung des zweiten Armeekorps wurde gestern vervollständigt. General Echague soll, wie man sagt, leicht an der rechten Hand verwundet sein.

Großbritannien. * London, 29. Nov. Der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen besichtigte das Arsenal von Woolwich, um der Fabrikation der Armstrong-Kanonen anzuschauen. — Die „Times“ anerkennt die Mäßigung der französischen Presse, insbesondere des „Pays“, hinsichtlich Englands seit Veröffentlichung des Zirkulars Hrn. Villault. Die „Times“ konstatiert, daß die ganze englische Presse freundlich für Frankreich gestimmt sei.

Bermischte Nachrichten. * Karlsruhe, 30. Nov. Wir hörten gestern Abend im großh. Hoftheater einen jugendlichen Violinspieler, der uns durch seine Leistungen höchlich überrascht hat. Hr. Steffen Mayerhofer aus Wien trug drei Nummern vor: eine Phantasie von Alard, ein Adagio eigener Komposition, und das bekannte Robert-Rondo von Vazinski. Er entwickelte dabei nicht nur eine wahrhaft erstaunliche Fertigkeit, sondern zugleich eben so viel Geschmack, Empfindung und Eleganz, d. h. Eigenschaften, wie sie — zumal bei solcher Jugend — nur da möglich sind, wo eine ganz hervorragende Begabung sich mit der besten Schule und einem unermüdeten Fleiß verbindet. Alle technischen Schwierigkeiten überwand er spielend, jede musikalische Phrase rundete sich unter seinem attraiten Bogenstrich zu einem festen Gebilde ab, und das Ganze erschien wie ein phantastisches, leicht hinschwebendes, leben- und feiervolles Gemälde, das bald ergreifend, bald einnehmend, bald nachsich an unsere Sinne herantrat. Die Leistung läßt die vortreffliche Schule, aus welcher der junge Künstler hervorgegangen — seine Meister waren Prof. Böhm in Wien und Alard in Paris — nicht missen, und wir glauben, daß jeder Sachverständige mit uns einstimmen wird, wenn wir glauben, daß ihm auf dem Wege, den er betreten, eine schöne künstlerische Zukunft bevorsteht. Das Publikum ebrte den jungen Virtuosen mit dem wärmsten Ausdruck seines Beifalles. Es freut uns, beifügen zu können, daß sich, wie wir vernahmen, in Kürze wieder die Gelegenheit bieten wird, denselben zu hören. — Popularität. Dieser Tage wurde ein lustiges Appenzeller Männlein gefragt, ob es auch nach St. Gallen an das Schillerfest gehen werde. Es gab zur Antwort: „Nei, i trinke gab lieber de Rötze weder de Schiller.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fern. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater. Donnerstag, 1. Dez. 4. Quart. 130. Abonnementsvorstellung: Die lustigen Weiber von Windsor; komisch-phantastische Oper in 3 Akten mit Tanz, von Nicolai. Freitag, 2. Dez. 4. Quart. 131. Abonnementsvorstellung. Zur Vorfeier des allerhöchsten Geburtstages Ihrer Königl. Hohheit der Frau Großherzogin Luise, bei festlich beleuchtetem Hause, neu einstudirt: Prinz Friedrich von Somburg; Schauspiel in 5 Akten, von Heinrich v. Kleist. Sonntag, 4. Dez. 4. Quart. 132. Abonnementsvorstellung: Fernand Cortez, oder: Die Eroberung Mexiko's; große Oper mit Ballet in 3 Akten, von Spontini.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

